Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft 14

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

Zurück zu zwei Ereignissen des Oktobers 1987: Auf die politische Enttäuschung für die Linken bei den Nationalratswahlen vom 18. Oktober folgte am 19. Oktober der Börsen-Crash. Weitab von den Realitäten und Sorgen der Bevölkerungsmehrheit lösten sich nach vorausgegangenen Riesengewinnen im Fieber der Spekulationen am Schwarzen Montag auf den Finanzmärkten 520 Milliarden US-Dollar an einem Tag und ca. 1'000 Milliarden US-Dollar im Verlaufe der Woche in „nichts" auf. Eine Summe, die den jährlichen globalen Rüstungsausgaben und der Verschuldung der Drittweltländer gegenüber den Industrieländern entspricht.

Eine gewisse Irrealität hielt auch das Wahlspektakel in der Schweiz in Griff: Aus der angekündigten „Hoffnungswahl" wurde ein ungestört arrangiertes Unterhaltungsprogramm, eine „Medienwahl" nach amerikanischem Muster, in der es, wie Wahlmoderator E. Gysling betonte, darum gehe, die „politische Kultur der Schweiz verständlich zu machen". Neben der penetranten, unüberblickbaren Kopfwerbung Tag für Tag in der Presse wurde in Hearings und Politshows Demokratie telekonform inszeniert, personalisiert, kommerzialisiert – und die Öffentlichkeit entpolitisiert. Bürgerlicherseits kam man erneut für Werbekosten in Millionenhöhe auf. Und während die Einschaltquoten auf 48 Prozent stiegen, sank die Stimmbeteiligung an den Wahlen weiter auf 46 Prozent. Das Volk, so scheint es, ist auf dem Weg, sich vom parlamentarischen Ritual zu ‚emanzipieren', von einem politischen System, das sich zusehends selbst entlegitimiert.

Dass eine „ökologische Marktwirtschaft" bei den Bürgerlichen allenfalls in guten Händen läge, daran haben die Grünen, die zusammen mit der SVP bei den Wahlen an Stimmen gewannen, nie Zweifel gelassen. Schwerwiegender sind die Stimmenverluste von 22 auf 18 Prozent für die Sozialdemokraten. Über die Krise der SPS wird derzeit viel geschrieben und an der „Verarbeitung" beteiligen sich unterschiedliche Interessen.

Sukkurs von der NZZ-Redaktion erhielt dabei SMUV-Präsident F. Reimann, der in seiner etwas mutwilligen Intellektuellenschelte u.a. der Ansicht ist, es herrsche unter den „ausländischen Staatsangehörigen" sowie unter den Schweizer Genossinnen und Genossen eine „Sprachlosigkeit", die „durch akademisch geschulte Aktivisten" entstanden sei (Weltwoche, 19.11.87). In direktem Anschluss daran geht die NZZ einen Schritt weiter. So hält sie denn „die Neigung traditioneller Sozialdemokraten und Gewerkschafter" für „nachvollziehbar, als ‚unverstandene Basis' eine eigene Partei auf die Beine zu stellen" (NZZ, 21.11.87). Denn diese, so die NZZ weiter, sind in der SPS „nicht mehr heimisch" und zunehmend mit einer „ökosozialistischen Verzichtpolitik konfrontiert", mit einem „Verweigerungssozialismus der aus der neuen Linken stammenden ‚Öko'-Intellektuellen", die mit ihrer „industrie- und atomenergiefeindlichen Parteipolitik" und „Armee-

Abschaffungsinitiative" weder das „Misstrauen der patriotisch empfindenden Schichten" abbauen noch den Gegensatz zwischen „nationalem Selbstbewusstsein" und „der internationalistischen Selbstentwaffnungsphilosophie nach dem Vorbild der deutschen Ökopax-Leute" überbrücken könnten.

So nachvollziehbar das NZZ-Interesse am „traditionellen Arbeiter-Wähler" und an der „Ratlosigkeit der SPS" (NZZ, 21.11.87) wiederum ist, weitgehend ausgeblendet blieben im parlamentarischen Wahlritual Themen, die im vorliegenden Schwerpunkt *Normalität, Ausgrenzung und Widerstand* zur Sprache kommen.

Im *Diskussionsteil* finden sich Beiträge zu folgenden Themen: GBH-Sekretär *Franz Cahannes* markiert in einer Nachlese zur Debatte um den ‚Arbeitsfrieden' die Frontlinien in den Gewerkschaften. Diese Auseinandersetzungen gewinnen seit September 1987 an Konturen. Vermochte etwa T. Maissen im WIDERSPRUCH-Sonderband immerhin einige Ansätze zur Analyse der „Entwaffnung der Arbeiterschaft" (Rote Revue 9/87) festzustellen, so sah sich SMUV-Präsident F. Reimann in seiner Jubiläumsansprache veranlasst, mit Rückgriff auf Worte von R. Grimm aus dem Jahre 1947 K. Ilg, „den Begründer des Friedensabkommens", gegen Kritiken am Mythos des ‚Arbeitsfriedens' voll in Schutz zu nehmen. Für Reimann ist diese „Vertragspolitik nichts anderes als ein beredter Ausdruck der politischen Kultur in diesem Lande", und „nichts Mystisches" hat dieses Abkommen für Pragmatiker in der „alltäglichen Anwendung". Reimann warnt vor einer „Rückkehr auf alte, ausgetretene Pfade der Konfliktstrategien, von denen selbst traditionsreiche Gewerkschaften im Ausland mehr und mehr abkommen". Denn für ihn als Gewerkschafter und Sozialdemokraten ist „klar, dass die Freiheit in dieser Marktwirtschaft eine Freiheit in der Ordnung sein muss und nicht eine Freiheit im Chaos. Im Chaos gilt nur das Gesetz des Stärkeren" (Rote Revue 11/87).

Dass und warum Alternativen zum profitorientierten und sozialdarwinistischen Prinzip der Marktwirtschaft nicht „Chaos" bedeuten müssen, wird z.B. im Beitrag von *Ueli Mäder* skizziert. Die Wertewandel-Debatte der letzten Jahre hat ein neues Verständnis von ‚Selbsthilfe' geschaffen; Modelle der Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Selbstverantwortung werden praktiziert und experimentiert, können aber zwischen kulturelle Autonomie und politische Vereinnahmung geraten. Im Anschluss an WIDERSPRUCH-Heft 13 interveniert *Jo Lang* in eine aktuelle Debatte über linke Heimatpolitik. Nationalismus, Patriotismus und die marktwirtschaftlich begründete und selektionierende Ausländer- und Asylpolitik der Bundesbehörden sind es, die den Aufbau von Solidaritätsnetzen verhindern.

Gian Trepp, der bereits im letzten WIDERSPRUCH-Heft den Börsen-Crash in Aussicht stellte, gibt in seiner Fortsetzung ‚Casino-Kapitalismus II' einige Aspekte zum Schwarzen Montag zu bedenken. Nicht zuletzt dieses letzte spektakuläre Symptom andauernder Weltwirtschaftskrise verdeutlicht die Dringlichkeit, alternative Finanzstrukturen zu erörtern und aufzubauen. Wir drucken deshalb im *Dossier* das *Leitbild der Alternativen Bank*

ab und hoffen damit, den Rahmen dieser Diskussion über Grundsätze und Ziele erweitern zu können.

Im *Rezensionsteil* wird ausführlich auf einige Neuerscheinungen verwiesen, die der Heftthematik zuzuordnen sind oder auf bisherige Diskussionsstränge im WIDERSPRUCH Bezug nehmen. Aus Platzgründen mussten weitere Rezensionen auf das nächste Heft verschoben werden.

Aus der Redaktion

Wie der *Förderverein* WIDERSPRUCH anlässlich seiner Mitgliederversammlung vom 28. November 1987 mitteilen konnte, sind dem Verein inzwischen über 100 Personen beigetreten (Pf. 265, 8059 Zürich, 120 Franken pro Jahr, 2 Heftnummern). Wer ohne Mitgliedschaft das Zeitschriftenprojekt mit niedrigeren (oder höheren) Beiträgen unterstützen will, kann dies nun auch über Konto 80 - 22840-8/FÖV WIDERSPRUCH tun. Erfreulich ist, dass die Zahl der Abonnentinnen und Abonnenten stetig zunimmt (was beim Spottpreis von 9 Franken pro Heft eigentlich nicht überraschen darf), und dass der WIDERSPRUCH auch in den Buchhandlungen wachsenden Absatz findet .

Nach langer Mitarbeit im Redaktionskollektiv verlässt Urs Rauber wegen Arbeitsüberlastung die Redaktion und wirkt fortan im Vorstand des Fördervereins mit.

Auf beträchtliches Interesse ist der WIDERDSPRUCH-Sonderband *‚Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos‘* in den Gewerkschaften, Parteien und in der Presse gestossen. Hier und dort dient der Sonderband bereits als Grundlagenmaterial zum Thema ‚Arbeitsfrieden‘. Die Redaktion plant, in einem der nächsten Hefte auf die unterschiedlichen Einschätzungen und Kritiken am Diskussionsband einzugehen. Im Schwerpunkt des nächsten *Heftes 15,* das im Mai 1988 erscheinen soll, wird es erneut um Selbstaufklärung und Standortbestimmungen gehen: 1968 – und 20 Jahre danach: vom Ende der Utopien und von derKrise der Emanzipation.

Und ein Letztes: Aufgrund einiger technischer Veränderungen in der Produktion der Zeitschrift hat die Redaktion im letzten Heft 13/87 eine Unmenge Satzfehler sowie schlechtgebundene Exemplare zu verantworten. Wir entschuldigen uns dafür bei der Autoren- und Leserschaft und legen in diesem Heft ein Korrekturblatt zu Heft 13 bei.